

unserer Fragestellung eine besonders interessante Gruppe junger Menschen, da es erstens eine große Anzahl konfessionell gebundener Hochschulen in Deutschland gibt, es zweitens naheliegt, als Motivation zur Aufnahme eines Studiums der Sozialen Arbeit und Heilpädagogik auch klassische christliche Werte, wie die Nächstenliebe, als Ursache zu vermuten und drittens ein Großteil der späteren Arbeitgeber im Sozialbereich eine konfessionelle Ausrichtung haben, die sogar bei der Auswahl von Bewerbern und Bewerberinnen eine Rolle spielt.

Zugehörigkeit – Überzeugung – Praxis – Tradition

Trotz der anhaltenden Kirchnaustritte und der gelockerten Kirchenbindung ist die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft hoch: 60,5 Prozent der Studierenden geben an, Mitglied einer der beiden christlichen Großkirchen zu sein (römisch-katholisch 29,8 Prozent³, evangelisch 30,9 Prozent⁴). Zirka ein Drittel (33,2 Prozent⁵) gehört keiner Religionsgemeinschaft an. Die restlichen 6,3 Prozent verteilen sich auf andere christliche und nicht christliche Religionsgemeinschaften. Dies entspricht in etwa der Verteilung der Religionsgemeinschaften in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland (*Krack-Rohberg; Weichs* 2008, S. 388 f.). Dass die formale Kirchenzugehörigkeit nur wenig über die religiöse Orientierung aussagt, wird deutlich, wenn nach der religiösen Überzeugung gefragt wird (Item: „Würden Sie sich als religiös überzeugt bezeichnen oder nicht?“).⁶ Hiernach bezeichnen sich nur 17,3 Prozent als „religiös überzeugt“ (römisch-katholisch 24,3 Prozent, evangelisch 26,1 Prozent und ohne Religionsgemeinschaft 2,9 Prozent). Zu den religiös Verunsicherten („teils/teils“) zählen fast vier Zehntel (36,8 Prozent) der Studierenden, während 25 Prozent religiösen Überzeugungen gleichgültig gegenüberstehen und 13,4 Prozent gar ablehnend. Nennenswerte geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich dabei nicht feststellen. (Tabelle 1)

Die öffentliche religiöse Praxis ist eine weitere Kategorie, die über Religiosität Aufschluss gibt. In der Regel wird der Kirchenbesuch⁷ als eine relativ brauchbare Schätzung der Religionsgebundenheit benutzt (*Friedeburg* 1953, S. 45), wenn damit auch nur eine eher formal-religiöse Anpassung beschrieben werden kann. Mit 52,3 Prozent ist bei den religionsfernen Studierenden die Distanz zum Kirchenbesuch erwartungsgemäß besonders hoch. Immerhin besuchen aber 28,8 Prozent der religionsfernen Studierenden „zu besonderen Anlässen“ und 10,7 Prozent „unregelmäßig“ eine Kirche. Bei den katholischen und evangelischen Studierenden ist es nur

Die Aufregung war groß, als im September Frankreichs Staatspräsident *Sarkozy* nach einem sehr turbulenten EU-Gipfel die Presse wissen ließ, auch in Deutschland stehe die Räumung von „Roma-Lagern“ bevor. Kanzlerin Merkel ließ schnell und eindeutig dementieren.

Auch in Deutschland ist die Situation der Roma überaus komplex, prekär und tausende sind von Abschiebung bedroht. Es gibt rund 12000 Roma, die in den 1990er-Jahren wegen des Krieges in Ex-Jugoslawien nach Deutschland geflohen waren beziehungsweise seitdem hier geboren wurden. Im April 2010 unterschrieben die deutsche Regierung und die des Kosovo ein Rückführungsabkommen. Zuständig sind die Bundesländer. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen und einzelne Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien unterzeichneten einen „Oster-Appell 2010“ mit der Forderung, diesen Flüchtlingsfamilien dauerhaft einen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland zu gewähren. Auch die Deutsche Bischofskonferenz schloss sich an und UNICEF sekundierte mit einer Studie, der zufolge die betroffenen Familien im Durchschnitt 14 Jahre lang in Deutschland gelebt haben und viele Kinder Deutsch als Muttersprache sprechen. Drei Viertel der aus Deutschland schon in den Kosovo zurückgekehrten Kinder besuchen dort keine Schule mehr. Auch wenn die Rückkehrpflicht nunmehr legal ist, legitim ist sie mit ziemlicher Sicherheit nicht.

Ein wohl noch größeres Problem ist mit der Freizügigkeit entstanden, die die Bürger der neuen EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien jetzt genießen. Wegen der dortigen Diskriminierung drängt es von dort immer mehr Roma unter anderem nach Deutschland. Kinder kommen etwa in die fünfte Klasse und können nicht ein Wort lesen oder schreiben. Die Förderklassen für Migranten, in denen sie bisher in Berlin besondere Unterstützung erhielten, werden jetzt infolge der Sparzwänge abgeschafft. Wir dürfen nicht vergessen: Deutschland hat angesichts der systematischen Verfolgung der Roma in der Nazi-Zeit eine historische Verantwortung für diese Menschen.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de